



Carlo Schmitz

Christsein im Kapitalismus

Die katholische Soziallehre zwischen Theorie und Praxis

Der katholische Sozialdemokrat an der Spitze der Brüsseler EG-Kommission Jacques Delors ließ in den Maastrichter Vertrag einen Grundsatz einschreiben, der auf den ersten Blick selbstverständlich erscheint, auf den zweiten im Rahmen des EG-Rechts revolutionär ist und auf den dritten sich als alter Hut der katholischen Soziallehre entpuppt: Die Europäische Gemeinschaft interveniert nur wenn und nur insoweit Probleme nicht oder nur ungenügend von den einzelnen Mitgliedstaaten gelöst werden können (vgl. genauen Wortlaut unten im Beitrag von E. Gillen). Ins EG-Recht wird somit das Subsidiaritätsprinzip eingeführt, das in der katholischen Soziallehre seit einem Jahrhundert in bezug auf soziale Belange postuliert wird: Der Staat soll nur dann eingreifen, wenn der einzelne, seine Familie oder andere

freie Gemeinschaften nicht imstande sind, anstehende Probleme zu lösen.

Die katholische Soziallehre, die vor einem Jahr den 100. Jahrestag ihrer Gründungscharta, der Enzyklika Papst Leos XIII. "Rerum novarum", feierte, scheint also immer noch aktuell zu sein. Diesen Beweis zu erbringen, bemühte sich im Vorjahr auf der Ebene der Luxemburger Diözese ein aus acht engagierten Arbeitsgruppen zusammengesetztes "Sozialforum 91". Die in diesem Rahmen gehaltenen Vorträge und die von diesen Gruppen erarbeitete Stellungnahme zu einigen aktuellen sozialemischen Brennpunkten wurde im März 1992 in einem Sonderheft von "nos cahiers" veröffentlicht (vgl. Besprechung in diesem Dossier).

Durch diese Publikation wurde eine erste von uns ins Auge gefaßte Konzeption für das vorliegende "forum"-Dossier hinfällig. In Zusammenarbeit mit einer Reihe von Beteiligten des "Sozialforums 91" erhielt das "forum"-Dossier, das eine Art Bilanz unter die 100-Jahr-Feiern ziehen wollte, nunmehr eine kritischere Note: Wie sieht es mit der Praxis der katholischen Soziallehre aus?, oder etwas allgemeiner, weil Papst Johannes Paul II. ja das Wort (Neu-)Evangelisierung so gerne mag: Wie kann die Kirche angesichts der heutigen sozialen Probleme die Frohbotschaft Jesu glaubhaft verkündigen? Ursprünglich auf den sozialen Auftrag der Kirche hin orientiert, mit einem Schwerpunkt auf der Luxemburger Arbeiterschaft, ergab sich - ohne Absprache zwischen den Autoren - ein zusätzlicher Diskurs, deren Adressat die Kirche selbst ist.

In einem ersten Beitrag beleuchtet Seminarprofessor Georges Hellinghausen den Begriff der Evangelisierung in den Lehrtexten der Kirche, von der Bibel bis heute. Pfarrer Jos Cadé, verantwortlicher Leiter des "Centre de pastoralé en monde du travail" (CPMT), beleuchtet wichtige Momente in der Geschichte der Arbeiterpastoral in Luxemburg und deckt gewaltige Defizite auf: durchaus positiv zu wertende Ansätze unter Bischof Koppes (1883-1918) führten seit den 20er Jahren zur Spaltung der Arbeiterschaft statt zur Evangelisierung, "zum partnerschaftlichen Dienst in der Gesellschaft". Ein Gespräch mit Marcel Gleener, dem Präsidenten der christlichen Gewerkschaft, vermittelt den Eindruck, daß im LCGB sehr viel von Solidarität, dem zweiten Prinzip der katholischen Soziallehre, geredet wird, daß es in der Praxis (Wohnungsnot, gerechter Welthandel) aber kaum aufgegriffen und die Abgrenzung zum OGBL immer noch betont wird. Zwei Sozialarbeiter der Caritas sprechen hingegen eine völlig andere Sprache: auf diesem Gebiet ist das christliche Engagement sehr konkret. Ein Interview mit René Cescutti macht deutlich, wie die neue Dienststelle des "Service Socio-Pastoral Intercommunautaire" versucht, das Anliegen der Immigranten in das Bewußtsein der Luxemburger Kirche zu heben. Die Arbeitsweise dieser engagierten Sozialarbeiter kommt dem ersten Prinzip der Soziallehre, dem Respekt vor dem Einzelmenschen, am nächsten. Erny Gillen, Direktor der Caritas, spricht dann das Subsidiaritätsprinzip näher an und beleuchtet, wie auch die Luxemburger Gesetzgebung in Sachen Sozialarbeit, trotz CSV-Familienminister, diesem Prinzip entgegenläuft und der Staat eher totalitäre Tendenzen entwickelt.

Diese Bilanz in Sachen Sozialpraxis der Luxemburger Kirche braucht nicht zu überraschen. Die katholische Soziallehre, wie sie fast ausschließlich vom Papst formuliert wird, enthält schon auf theoretischer Ebene erhebliche Widersprüche: Hubert Hausemer weist in einer Buchbesprechung Kritikpunkte an dieser Lehre auf, von denen der Vorwurf mangelnder Glaubwürdigkeit nicht der geringste ist, während Jean Génelot seine Betroffenheit über die ideologische Einseitigkeit der letzten Sozialzyklika Johannes Pauls II. zum Ausdruck bringt. Mathias Flamang, seit kurzem "aumônier européen de la Jeunesse étudiante chrétienne internationale (JECI) et du Mouvement international des étudiants catholiques (MIEC)", greift den Begriff der (Neu-)evangelisie-

rung abschließend nochmals auf, um ihn über den traditionellen Themenbereich der katholischen Soziallehre hinaus auszuweiten und zehn Voraussetzungen zu nennen für eine glaubwürdige Verkündigung der Frohbotschaft.

In einem 1977 erstmals erschienenen Büchlein über "La 'doctrine sociale' de l'Eglise comme idéologie", das nichts an Aktualität eingebüßt hat, schreibt der Dominikaner Marie-Dominique Chenu: "Bref, on énonce des principes abstraits, à partir desquels, par déduction, on cherche des applications, au lieu de se mesurer effectivement avec les réalités, dans les lieux concrets de l'existence collective (...). Il est impossible de déterminer la pratique sociale en prenant comme référence commune pour tous les hommes un monde idéal, censé refléter la gloire divine, sacralisant de fait une structuration hiérarchique particulière de l'ordre social."

Die europäische Kirche und der eurozentrische Vatikan können in dieser Hinsicht sehr viel von der lateinamerikanischen Kirche lernen: Was ist die Befreiungstheologie anders als der von Theologen reflektierte Glaube des in einen Befreiungsprozeß engagierten Volkes der Armen? Initiativen wie der SeSoPI oder verschiedene Caritas-Dienststellen scheinen sich in diese Richtung zu bewegen. Auch das "Sozialforum" war so gedacht, blieb allerdings die Angelegenheit von Vordenkern, deren Kontakt zur arbeitenden Klasse oder zu den Benachteiligten unserer Gesellschaft - die wohl in der Hauptsache in der Dritten Welt zu suchen sind (!) - eher gering ist. Trotzdem finden sich in dessen Stellungnahme¹ eine Reihe kritischer Ansätze, die es der LW-Redaktion geboten ließen, den Text nur in Auszügen zu veröffentlichen. Und auch der eigentlich für 1992 geplante Sozialhirtenbrief des Erzbischofs von Luxemburg, der sich aus dieser Stellungnahme ergeben sollte, blieb ein geplatzter Wunschtraum: Der Abschnitt im tatsächlich erschienen Fastenhirtenbrief² über "Eine menschenwürdige Gesellschaft" illustriert eher das obige Zitat von Chenu, als daß er in irgendeiner Weise motivierend wirken könnte. Zu hoffen bleibt, daß bei der geplanten Wiederbelebung der diözesanen Kommission "Justitia et Pax" nicht die Besetzung mit Personen, die "weit vom Schuß" sitzen, auch deren Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit von vornherein verhindern wird.

"Marx ist tot, Jesus lebt!" meinte der CDU-Minister Norbert Blüm nach dem Fall der Berliner Mauer. Er vergaß - wie viele seiner Partei- und Gesinnungsgenossen, die das C zwar im Munde führen, aber nur solange es ihren politischen Zwecken dienlich ist -, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem von der katholischen Soziallehre genausowenig mit dem Reich Gottes gleichgesetzt wird wie der Sozialismus. Das "forum"-Dossier dürfte also trotz der ersten Blick vielleicht trockenen Kost ein Quantum sowohl kirchen- als auch gesellschaftskritischer Sprengkraft enthalten ...

m.p.

¹ Nachzulesen in "nos cahiers" 1/1992, S. 91-107; auch als Sonderdruck beim CPMT, 5, av. Marie-Thérèse, L-2132 Luxemburg, erhältlich.

² Text in LW, 18.3.1992.

Der Staat soll nur dann eingreifen, wenn der einzelne, seine Familie oder andere freie Gemeinschaften nicht imstande sind, anstehende Probleme zu lösen.